

Trägt Marty zu dick auf?

Die Menschenrechte stehen jedem kraft seines Menschseins zu. Ihr Anspruch ist universell. Ein bisschen Menschenrechte gibt es nicht. Sie können in ihrer Grundsätzlichkeit nicht einmal von demjenigen verwirkt werden, der sie selbst missachtet. Es ist aber dem, der seine Freiheit benutzt, um andere in ihrer Menschenwürde zu verletzen, mit aller Konsequenz entgegenzutreten. Ähnliches gilt für den Rechtsstaat, der freilich unterschiedlich weit ausgebaut sein kann. Es geht indessen auch bei ihm darum, dass fundamentale rechtsstaatliche Prinzipien in jedem Fall Geltung haben und Beachtung finden.

Dafür kämpft FDP-Ständerat Dick Marty, der die Untersuchungen für die Parlamentarische Versammlung des Europarates zu geheimen Gefängnissen der CIA in Europa und zu den Gefangenentransporten führt. Er legte am Dienstag einen ersten Zwischenbericht vor. Beweise für die Existenz von CIA-Gefängnissen in Europa, wo Terrorverdächtige misshandelt werden, hat er nicht präsentiert. Doch ist er überzeugt, dass es solche gab und vor allem dass der amerikanische Geheimdienst CIA Menschen in Europa festgenommen und in Länder verbracht hatte, wo sie gefoltert wurden. Marty stützt sich auf zahlreiche Indizien aus unterschiedlichsten Quellen, wie er sagte. Wirklich Neues hat er nicht vorgelegt. Ausser vielleicht in zwei Fällen, für die er lückenlose Belege für eine illegale Verschleppung gefunden haben will.

Im Dilemma

Nun, damit könnten wir zur Tagesordnung übergehen und darauf warten, dass Marty Beweise präsentiert. So wie Bundesrat Hans-Rudolf Merz vor zwei Wochen meinte, falls Dick Marty Menschenrechtsverletzungen belege, werde selbstverständlich auch der Bundesrat aktiv. Doch die westlichen Rechtsstaaten befinden sich in einem tieferen inneren Konflikt. Aussenministerin Micheline Calmy-Rey meinte nach der Veröffentlichung des geheimen ägyptischen Fax im «Sonntags-Blick» in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag», dass der Inhalt dieses Fax nicht spektakulär sei. Es enthalte keine eigentlichen Neuigkeiten und sei kein Beweis für geheime CIA-Gefängnisse in Europa.

Gleichzeitig sagte die Aussenministerin aber auch, dass die Schweiz im Juni 2005 in zwei Memoranden und gegenüber der amerikanischen Aussenministerin direkt näheren Aufschluss zu den Vorwürfen bezüglich illegaler Überstellungen von Personen zum Verhör in andere Länder oder gar zur Folter verlangt habe. Dieser Hinweis war, obwohl von den Medien kaum beachtet, bedeutender als die Bewertung des Fax. Bundesrat Couchepin sodann sagte warnend, dass die Beziehungen der Schweiz zu den USA nicht gefährdet werden dürften. Die Schweiz verteidige moralische

Prinzipien, aber sie sei nicht der «Heilige Stuhl der Menschenrechte».

Die Antworten der Bundesräte sind kein Zynismus. Sie machen das Dilemma sichtbar, in welchem sich die westlichen Staaten befinden. Sie müssen gegenüber Amerika auf Einhaltung der Grundrechte pochen, welchem in der Geschichte und bis heute grosse Verdienste im Einsatz für die Freiheit zukommen. Und zudem muss dies getan werden in einem Kampf, den die USA gegen Terroristen führen, die in menschenverachtender, heimtückischer und brutalster Weise keine Rücksicht auf zivile Opfer nehmen. Der internationale Terrorismus kennt keine durch die Menschlichkeit gesetzten Grenzen. Er richtet sich gezielt gegen die westliche Welt, um diese zu destabilisieren. Jedes Mittel ist ihm recht. Dies tut er in den Ländern, aus denen seine Akteure stammen, aber auch in der übrigen Welt. Sein Operationsfeld ist weltumspannend.

Wie kann, wie muss darauf reagiert werden? Mit aller Härte und Konsequenz, das ist klar. Doch was bedeutet dies? Dürfen oder müssen gar rechtsstaatliche Grundprinzipien im Kampf gegen den Terrorismus über Bord geworfen werden, völkerrechtliche Grundnormen und insbesondere die Menschenrechte ausser Kraft gesetzt beziehungsweise relativiert werden? Oder anders gefragt: Ist es naiv und weltfremd, auf der Einhaltung der Menschenrechte und der rechtsstaatlichen Grundprinzipien auch im Kampf gegen den Terrorismus zu beharren? Vordergründig mag es so scheinen. Doch es gilt, die Konsequenzen zu bedenken.

Grundpfeiler unserer Kultur

Worum geht es beim Kampf gegen den Terrorismus? Das Terrornetz der Kaida bedroht nicht nur die Sicherheit in der westlichen Welt; es zerstört auch die Gesellschaften der Länder des Nahen Ostens. Der Kampf gegen den Terrorismus ist ein Kampf für das Recht, für die Einhaltung der Normen des internationalen Zusammenlebens. Um glaubwürdig zu sein, muss dieser auf der Grundlage des Rechts geführt werden. Dabei verträgt es keine Ausnahmen. Manche werden argwöhnen, dass man sich damit eine offene Flanke leistet. Denn von Terroristen, die nur das Recht des Stärkeren anerkennen, werde die Beachtung der Menschenrechte als Schwäche verhöhnt. Doch dem ist nicht so, wenn wir bereit sind, die erforderlichen strategischen und operationellen Mittel mit aller Kraft, Intelligenz und der nötigen Härte einzusetzen. Um den Terrorismus auszurotten, sind letztlich die Menschen in den Ländern, die täglich den Terror vor ihrer Haustüre erleben, für den Weg des Rechts zu gewinnen.

Es wurde auch schon vom Kampf der Kulturen gesprochen, ob zu Recht, sei dahingestellt. Eines aber steht fest, wenn wir die Menschenrechte preisgeben beziehungsweise relativieren, sägen wir an einem Grundpfeiler unserer Kultur. Damit geben wir einen Grundstein unserer Überzeugung auf. Und das wird sich auf uns und

unser Zusammenleben auswirken. Wir müssen auf dem universellen Anspruch der Menschenrechte und deren Einhaltung bestehen.

Herausforderung für alle

Der Kampf für die Menschenrechte ist auf den verschiedensten Ebenen und von jedem in seiner Rolle zu führen. Er kann nicht einfach an die Regierungen delegiert werden. Gerade in heiklen Missionen können deren Interventionen nicht in der Öffentlichkeit erfolgen. Der Einsatz für die Menschenrechte ist deshalb nicht zuletzt auch Aufgabe der Zivilgesellschaft. Dick Marty steht dieser als Parlamentarier näher. Energisch ist er aufgetreten und hat die Verletzungen von Menschenrechten und Völkerrecht beim Namen genannt. Seine Beobachtungen und Einschätzungen werden in der Öffentlichkeit gehört und sind ernst zu nehmen. Der ehemalige Staatsanwalt hat eine Position eingenommen, die derjenigen seiner früheren Funktion ähnelt. Denn der Ankläger erhebt auch bei Vorliegen genügender Indizien Anklage. Die Politik kann im Einsatz für die Menschenrechte nicht warten, bis ihr Beweise vorliegen. Diese wird es, solange die Verletzungen andauern, kaum geben. Regierung und öffentliche Meinung sind keine Gerichte. Sie müssen kein Urteil fällen, wenn sie politisch intervenieren.

Der Kampf für die Menschenrechte beruht auf einem Zusammenspiel aller Kräfte. Jeder muss in der offenen Gesellschaft Verantwortung übernehmen: Die Regierung, die Parlamentarier und, nicht zu vergessen, die NGO haben eine wichtige Aufgabe. Aber auch die Bürger haben klar zu machen, dass sie Verletzungen von Menschenrechten nicht hinnehmen. Die Schweizer Regierung ist aktiv geworden. Sie hat den diplomatischen Weg eingeschlagen und muss dabei gleichzeitig die Interessen der Schweiz im Auge behalten. Dick Marty trägt als Parlamentarier das Seine bei. Wie aber verhalten sich die übrigen Akteure der Zivilgesellschaft? Laute Proteste waren bisher kaum zu hören.

In den USA findet inzwischen eine öffentliche Diskussion zu Guantánamo und den speziellen Verhörmethoden statt. Doch in Europa und der Schweiz? Jenseits der Proteste von Menschenrechtsorganisationen war bisher wenig zu vernehmen, obwohl die Zahl ernstzunehmender Juristen - von Vertretern der Anwaltschaft bis zu Staats- und Völkerrechtlern - gross ist, die beunruhigt und alarmiert sind über eine derzeitige Erosion der Menschenrechte.

cs.